

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung (Sondersitzung) des Bezirksausschusses III - Siegen-Ost -

vom:	08.02.2001
von:	17.15 Uhr
bis:	19.10 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Bezirksausschuss III - Siegen-Ost -:

Stv Neubauer, Hans Peter - als Vorsitzender -
AM Fröhlich, Alfred
AM Hahn, Harald
AM Miether, Hans Joachim
Stv Müller, Manfred - für AM Schneider, Gisela -
AM Schöler, Hans
Stv Schulze, Werner - bis 18.30 Uhr -
AM Schwarz, Horst - für AM Imhof, Wolfgang -
AM Steuber, Hartmut - für AM Wehn, Wolfgang -
AM Tigges, Johannes - für AM Schäfer, Karl-Heinrich -
AM Tilgner, Josef Georg - für AM Daub, Dietmar -
AM Dr. Volz, Peter - für AM Dr. Brauers, Franz -
AM Weber, Frank - für AM Keller, Ewald -

II. Beratende Mitglieder:

AM Braun, Wolf - ab 17.20 Uhr -
Stv Glaamann, Herta
AM Mücke, Helga

III. Als Zuhörer:

AM Arndt, Dora

IV. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Dipl.-Ing. Krüger - ESi -
Dipl.-Ing. Rohr
Dipl.-Ing. Diehl

Städt. OVR Dr. Kraft
StOI Kreutz - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

AM Dr. Brauers, Franz
AM Daub, Dietmar
AM Imhof, Wolfgang
AM Keller, Ewald
AM Meier, Klaus-Dieter
AM Müller-Kurz, Ingo
AM Schäfer, Karl-Heinrich
AM Schneider, Gisela
AM Wehn, Wolfgang

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird um einen nichtöffentlichen Teil ergänzt.
Im öffentlichen Teil unterbreitet die Verwaltung zu TOP 2 die Vorlage 935/01 A.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Schulze bestimmt. Da er vorzeitig die Sitzung verlässt, wird auch Herr Müller zur Mitunterzeichnung verpflichtet.

7. BezA III 08.02.2001

- 2. Bebauungsplan Nr. 247 „Giersberg-Ost“ in Siegen-Bürbach;
hier:**
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Abwägung der Bürgerbeteiligung und Beteiligung TÖB
 - Beschluss des Bebauungsplanentwurfes Nr. 247 „Giersberg-Ost“ mit Begründung und dessen öffentliche Auslegung

Vorlagenr. 935/01 - Vorlage vom 04.01.2001

und

Vorlagenr. 935/01 A - Vorlage vom 02.02.2001

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie.

Die Herren Schulze und Dr. Volz bringen Bedenken hinsichtlich der vorgesehenen Entwässerung des Plangebietes vor.
Herr Schulze befürchtet, dass die vorhandene Entwässerungseinrichtungen in Bürbach nicht ausreichend dimensioniert

sein, um zusätzliche Wassermengen aufnehmen zu können. Für Herrn Dr. Volz ist eine Versickerung des Niederschlagswassers problematisch.

Der Naturschutzbund bewerte den ökologischen Ausgleich für die Maßnahme als unzureichend, so Herr Rinder. Das Vorhandensein von Magerwiesen werde bei ökologischen Betrachtungen nicht beachtet, obwohl diese Biotope schützenswert seien. Zudem sei zu beanstanden, dass der Siefen durch Straßen und Randbebauung in seiner Funktion als Quellbereich beeinträchtigt werde. Auch die Kreuzung der Aue des Bürbachs durch einen Abwasserkanal sei ein störender Eingriff. Der Bebauungsplan richte daher unter landschaftsökologischen Gesichtspunkten großen Schaden an und sei somit abzulehnen.

Herr Boldt wirft die Frage auf, inwieweit durch eine Bebauung des östlichen Giersberges das lokale Klima im Bereich Bürbach beeinträchtigt werden könnte.

Der Sammler in Bürbach habe lediglich zusätzliches Schmutzwasser aufzunehmen, erläutert Herr Krüger. Dies sei bei seiner Dimensionierung auch eingeplant worden. Da das Bauwerk aber nicht einwandfrei funktioniere, sei seine Sanierung und Abänderung vorgesehen, unabhängig von der Ausweisung des Bebauungsplangebietes.

Im Übrigen sei beabsichtigt, die Entwässerung in Form eines Trennsystems (d. h. getrennte Ableitung von Schmutz- und Niederschlagswasser) vorzunehmen. Das Niederschlagswasser werde dabei einer Versickerung über Rigolen, die sich in jedem Straßenzug befänden, zugeführt. Ein in Auftrag gegebenes hydro-geologisches Gutachten habe gezeigt, dass dies aufgrund der Bodenbeschaffenheit möglich sei.

Eine weitere Kreuzung des Tales mit einem Kanal sei nicht erforderlich, da man an eine bestehende Leitung anschließen werde.

Frau Rohr führt aus, der Naturschutzbund sei als Träger öffentlicher Belange am Verfahren beteiligt worden. In seiner Stellungnahme sei er jedoch nicht auf die Magerwiesen eingegangen. Gleichwohl habe die Verwaltung die Problematik bei Ausgleichsmaßnahmen berücksichtigt.

Bezüglich der örtlichen Klimasituation sei festzustellen, dass ein Kaltluftabzug in den Bürbacher Ortskern durch die nunmehr erfolgte Reglementierung der Bebauung (geringe Geschosshöhen und Vermeidung von baulichen Querriegeln) gewährleistet bleibe.

Herr Schiemer begrüßt das Projekt grundsätzlich. Er beantragt namens der CDU-Fraktion, dass die vorgenommenen Veränderungen am Bebauungsplanentwurf, um den Anforderungen an die örtlichen Klimaverhältnisse gerecht zu werden, ausführlich in der Vorlage dargestellt werden. Zudem regt er an, darzulegen, ob außerhalb des Plangebietes ein weiterer Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft geschaffen werden könnte.

Frau Strunk beanstandet, dass das Verfahren entgegen den im Wohnbauflächenkonzept formulierten Erfordernissen unter einem enormen Zeitdruck betrieben werde. Weiterhin seien die Beratungsunterlagen speziell für den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie nicht ausreichend. So sei ein klimatologisches Gutachten erst auf Anforderung zugänglich gemacht worden.

Es sei festzustellen, dass das zu erschließende Baugebiet aufgrund der erwartenden hohen Grundstückspreise für kinderreiche Familien nicht attraktiv sein werde und damit der Bedarfslage nicht entspreche. Andere Flächen im Stadtgebiet seien in dieser sowie in ökologischer Hinsicht besser geeignet.

Vor dem Hintergrund eines durch das Baugebiet bedingten Bevölkerungszuwachses im Stadtteil Bürbach sei die soziale Infrastrukturentwicklung bedeutsam. In diesem Zusammenhang sei die Erstellung einer Stadtteilkonzeptplanung unverzichtbar.

In der Abwägung sollte zudem die heutige Funktion des Plangebietes als Naherholungsgebiet Berücksichtigung finden. Zu beanstanden seien ferner, dass kein Eingriffsausgleich zu 100% erfolge und kein klimatologisches Gutachten vorliege, zumal mit einer Verschlechterung der Luftqualität in Bürbach gerechnet werden müsse. Die Vorlage werde daher von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN abgelehnt.

Unter Projektion der Ergebnisse der im übrigen Stadtgebiet vorgenommenen Luftgüteuntersuchungen auf den Stadtteil Bürbach könne davon ausgegangen werden, dass sich die Luftqualität in diesem Stadtteil auch nach einer Bebauung des Osthangs des Giersberges nicht im Belastungsbereich bewegen werde, so Herr Dr. Kraft.

Dem Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Sonntag auf Schluss der Aussprache schließt sich der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie mehrheitlich an. Der Bezirksausschuss III - Siegen-Ost - lehnt ihn mehrheitlich ab.

Herr Dr. Volz bringt vor, eine Erweiterung der Bebauung im Bereich des Turnhallen-weges werde sich schwierig gestalten, da sie nur unter der Voraussetzung, dass die Straße ausgebaut werde, erfolgen könne. Ein Ausbau werde aber auf den Wider-stand der Anlieger stoßen.

Frau Rohr erwidert, entsprechende Einwendungen würden in die Abwägung einbe-zogen und den poltischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Brune weist darauf hin, dass im Beschlussvorschlag eine redaktionelle Ände-rung erfolgen müsse. So sei der Punkt 1.1 als neuer Punkt 1.3 sowie die bisherigen Punkte 1.2 und 1.3 als neue Punkte 1.1 und 1.2 aufzuführen.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung auf Antrag der CDU-Fraktion):

- 1.1 Über die von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) wäh-rend der öffentlichen Auslegung (Bürgerbeteiligung) vom 04.09.1995 bis 04.10.1995 vorgebrachten Bedenken und Anregungen und den sonstigen Stellungnahmen wird wie folgt beschlossen:
 - 1.1.1 Die Anregungen der Ev. Kirche von Westfalen zur Geschossigkeit der Gebäude werden berücksichtigt; die zum Ausbau der Straße "Im Wie-sengarten" werden nicht berücksichtigt.
 - 1.1.2 Die Anregungen des Forstamtes bezüglich des Holzabfuhrweges werden berücksichtigt.
 - 1.1.3 Die Anregungen des LSBA Siegen sind überholt (siehe Stellungnahme WSBA).
 - 1.1.4 Die Bedenken der Anliegerin (Am Mühlenseifen 40) zum ökologischen Gutachten werden zurückgewiesen. Die Anregung zum Bau eines Krei-sels wird berücksichtigt.
 - 1.1.5 Die Anregungen des Anliegers Turnhallenweg 10 zum Turnhallenweg werden nicht berücksichtigt.
 - 1.1.6 Die Bedenken und Anregungen des Naturschutzbundes Deutschland zu den preiswerten Mietwohnungen für Familien mit Kindern, zu den Obstwiesen und zur Versiegelung durch Bebauung werden nicht be-rücksichtigt.
 - 1.1.7 Die Bedenken des Anliegers Azaleenweg 9 zur Festsetzung des Grundstücks werden berücksichtigt und die Anregung zur Erweiterung der Ausgleichsflächen wird nicht berücksichtigt.
 - 1.1.8 Die Bedenken und Anregungen der Anliegerin Jung-Stilling-Straße 5 werden berücksichtigt.
 - 1.1.9 Die Bedenken des Anliegers Lützowstraße 8 zur Grundstücksfrage werden nicht berücksichtigt.
 - 1.1.10 Die Bedenken und Anregungen des Anliegers Flurstück 247, Flur 5, werden nicht berücksichtigt.
 - 1.1.11 Die Bedenken der Anlieger Siegstraße 65 und Obere Rolandstraße 9 zur Grundstücksfrage werden zurückgewiesen.
- 1.2 Über die von den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) in der Zeit vom 17.10.2000 bis 28.11.2000 für den Bereich der Bauleitplanung hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung angegebenen bedeutsamen Pla-nungen und sonstigen Maßnahmen wird wie folgt beschlossen:
 - 1.2.1 Dem Hinweis des Kreises Siegen-Wittgenstein hinsichtlich der Bewer-tung des Fichten-Forstes wird gefolgt.
Dem Hinweis zur Verwendung der Umwandlung des Fichten-Forstes wird nicht gefolgt.
 - 1.2.2 Den Bedenken der Landwirtschaftskammer wird nicht gefolgt.
 - 1.2.3 Die Anregung des Staatlichen Umweltamtes auf Sicherstellung von evtl. benötigten Flächen für Versickerung wird berücksichtigt.

- 1.3 Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 3 (2) BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" im Stadtteil Siegen-Bürbach und seine öffentliche Auslegung mit Begründung, wobei die vorgenommenen Veränderungen am Bebauungsplanentwurf, um den Anforderungen an die örtlichen Klimaverhältnisse gerecht zu werden, ausführlich darzustellen sind.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (SPD)

7. BezA III 08.02.2001